

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Klimke, Sibylle Pfeiffer, Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Dr. Christiane Ratjen-Damerau, Helga Daub, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/9423 –

Entwicklung durch Wachstum – Der Beitrag der deutschen Wirtschaft zum Erreichen der Millenniumsziele

A. Problem

Ein freier und fairer Welthandel führt zu mehr Wachstum und Wohlstand für alle Beteiligten und trägt auch in Entwicklungsländern mit zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) bei. Im Zuge der Globalisierung wenden sich deutsche exportorientierte Unternehmen zunehmend gerade Entwicklungsländern zu. Durch ihre Investitionen werden dort Arbeitsplätze geschaffen, mehr Güter und Dienstleistungen erzeugt und verteilt sowie ein zusätzliches Steuereinkommen generiert. Darauf aufbauend kann ein handlungsfähiges Staatswesen entstehen und eine nachhaltige Armutsbekämpfung erfolgen. Darüber hinaus können deutsche Unternehmen als Multiplikatoren für die Werte und Ideen einer sozialen Marktwirtschaft dienen, können sich für die Verbesserung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards einsetzen und einen Transfer von Wissen, Technologie und Erfahrung ermöglichen.

Dieses Engagement zu fördern, dazu sind bereits einige erfolgreich arbeitende Initiativen auf den Weg gebracht worden: Ein Ressortkreis auf Staatssekretärs-ebene, eine Servicestelle für die Wirtschaft beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Förderung grenzüberschreitender Direktinvestitionen (FDI), die Verbesserung von Rahmenbedingungen (u. a. Steuer- und Finanzverwaltung), der Ausbau von Studentenaustauschprogrammen und die Stärkung der beruflichen Bildung in den Partnerländern.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9423 anzunehmen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Dr. Sascha Raabe
Berichtersteller

Joachim Günther (Plauen)
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Ute Koczy
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Dr. Sascha Raabe, Joachim Günther (Plauen), Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/9423** in seiner 178. Sitzung am 10. Mai 2012 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird gefordert, dass die Bundesregierung das Instrumentarium für die Nutzung entwicklungsorientierter privater Wirtschaftstätigkeit ausweitet. Dazu sollen die Haushaltsmittel „Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft“ zielgerichtet wirtschaftsnahen Organisationen zur Verfügung gestellt und das Unternehmerengagement öffentlich gewürdigt werden.

Bei der Vorbereitung von Regierungskonsultationen und Regierungsverhandlungen sollen die deutschen Auslandshandelskammern und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft mit einbezogen werden; bei der Erstellung von sektorspezifischen Konzepten des BMZ soll auf die Erfahrungen der deutschen Wirtschaft zurückgegriffen werden. Ferner soll der Personalaustausch zwischen dem Auswärtigen Amt, dem BMZ und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit der Wirtschaft intensiviert werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob und wie das Förderinstrument „Private Public Partnership“ (PPP) ausgebaut werden kann. Dabei stehen insbesondere der kommende Bedarf, die Orientierung der Förderkonditionen an für Unternehmen gut nachvollziehbaren „Anwendungsfällen“ und die unterschiedliche Attraktivität der PPP-Zielländer auf dem Prüfstand. Es geht auch um Management- und Betreibermodelle bei Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit im Infrastruktur- und Gesundheitsbereich durch zeitlich befristete Unterstützungsmaßnahmen (z. B. Finanzierung von Machbarkeitsstudien) und eine finanzielle Absicherung für die ersten Betriebsjahre. Ferner soll eine Ergänzung der PPP-Aktivitäten im Finanzbereich und auf dem Versicherungsmarkt erreicht werden.

Schließlich soll der Bedarf für die Wiederauflage eines BMZ-Messebeteiligungsprogramms für kleine und mittlere Unternehmen aus Entwicklungs- und Transformationsländern geprüft werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage 17/9423 in seiner 90. Sitzung und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage 17/9423 in seiner 69. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten.

Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstreicht die Bedeutung der Privatwirtschaft, ohne dessen Finanzkraft keines der globalen Ziele in der Entwicklungspolitik zu erreichen wäre. Im MDG 8 würde ausdrücklich die Notwendigkeit definiert, die Privatwirtschaft anzuerkennen und zu fördern. Dieser Bereich sei in den letzten Jahren aber sträflich vernachlässigt worden. Auch viele Reviews hätten darauf hingewiesen, dass die Potentiale der Privatwirtschaft für die Entwicklungspolitik nicht ausreichend aktiviert worden seien. Die Bundesregierung habe hingegen von Beginn an diesen Bereich zu einem Schwerpunktthema gemacht und eine Reihe von Initiativen gestartet. Darauf baue der vorliegende Antrag auf und zeige Wege auf, wie man die Chancen gerade auch für den deutschen Mittelstand in der Entwicklungszusammenarbeit nutzen könne. Es gehe beispielsweise darum, dass der Dialog mit den Kammern verstärkt, die Kompetenzen der BMZ-Mitarbeiter auf diesem Feld erweitert, die PPP-Instrumente und Verbandspartnerschaften der SEQUA gGmbH ausgebaut würden. Man wolle vor allem die Firmen aus dem Mittelstand einbeziehen; darum fordere man eine Verbesserung der Marktinformationsprogramme.

Die **Fraktion der SPD** begrüßt grundsätzlich die Forderung, dass auch die Privatwirtschaft einen positiven Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten solle. Die Bezuschussung von PPPs habe man zu Regierungszeiten selbst eingeführt, allerdings unter der Bedingung, dass diese Partnerschaften auch tatsächlich entwicklungsförderlich seien. Auch was die Forderung nach Wachstum angehe, gebe es keinen Dissens, aber man selbst fordere im Unterschied zu den Antragstellern ein breitenwirksames, inklusives Wachstum. Es gehe nicht einfach nur darum, dass die Privatwirtschaft Arbeitsplätze schaffe, es müssten gute, gerechte Arbeitsplätze sein, mit fairen Löhnen zu sozial guten Bedingungen. Dazu müssten zumindest die Kernarbeitsnormen der International Labour Organization geltend gemacht werden. Nur dann sei Wachstum auch soziales Wachstum. Davon sei im vorliegenden Antrag aber nicht die Rede. Stattdessen sei irreführend die Rede von der Vorbildfunktion der deutschen Privatwirtschaft, die sich weltweit für die Verbesserung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards einsetze. Es gebe leider genügend Beispiele, wo deutsche Unternehmen ihre soziale Verantwortung nicht wahrnehmen würden. Der Antrag stehe für Neoliberalismus, ziele auf Außenwirtschaftsförderung und habe darum mit Entwicklungszusammenarbeit nichts zu tun.

Die **Fraktion der FDP** schließt sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU an. Der Antrag sei darüber hinaus

auch als Würdigung der geleisteten Arbeit der Bundesregierung zu verstehen, die seit 2009 mit Nachdruck die Privatwirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit einbeziehe. Ohne privatwirtschaftliches Engagement könnten sich die Entwicklungsländer nicht nachhaltig entwickeln. Im Unterschied zum chinesischen Engagement in Afrika beispielsweise würden gerade kleine und mittlere private Unternehmen garantieren, dass es nicht um kurzfristige Rendite, sondern um eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen gehe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisiert, dass dieser Antrag die Fortsetzung der Politik seit 2009 sei und die Bundesregierung voll auf die Wirtschaft als Entwicklungspartner setze. Das Problem daran sei, dass es sich hierbei nicht mehr um Entwicklungszusammenarbeit handle, sondern um Außenwirtschaftsförderung. Wenn man wie im Antrag auf Wirtschaftswachstum setze, bedeute das noch nicht, dass auch die lokale Bevölkerung davon profitiere. Das gelinge nur, wenn man wirtschaftliches Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit verbinde. Es sei unstrittig, dass privatwirtschaftliche Unternehmen vor allem Profitmaximierung anstrebten. Insofern würden Unternehmen kaum in Staaten investieren, die fragil seien oder eine schlechte Infrastruktur hätten. Auch bei den PPPs machten Investitionen in Bereichen der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung wie Bildung, Gesundheit und Wasser nur 15 Prozent am Gesamtaufkommen aus. Das PPP-Programm der Bundesregierung schließe absurderweise gerade die lokale Wirtschaft in den Entwicklungsländern aus. Es gebe viele Beispiele wie ThyssenKrupp in Brasilien, die zeigten, dass das Engagement der Privatwirtschaft das Gegenteil von Entwicklungsförderung bewirke.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schließt sich der Kritik der Fraktion DIE LINKE. an der naiven Annahme an, Wirtschaftswachstum bewirke automatisch Armutsminderung. Das sei eine entwicklungspolitisch längst überholte Position. Zudem sei der Wachstumsbegriff fraglich, da nicht gesagt werde, in welche Richtung das Wachstum gehen solle. Im Antrag fehlten klare Aussagen zu den Themen Good Governance, Korruption, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Klimarelevanz. Darüber hinaus deute das bisherige Engagement der Privatwirtschaft in eine andere Richtung. Deutsche Unternehmen würden eher in Schwellenländern investieren und nicht in jenen Ländern, die die eigentlichen entwicklungspolitischen Bedarfe hätten.

Berlin, den 23. Mai 2012

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

